1/2022
ZKZ 7751

Familienarbeit heute

Verband Familienarbeit e.V.

Verband zur Förderung der eigenständigen finanziellen und sozialen Absicherung häuslicher Eltern- und Pflegearbeit

Fremdbetreuung von U3-Kindern genau besehen

Franz Josef Stuhrmann

Wer aufmerksam verfolgt, was hierzulande als „Familienpolitik“ firmiert, kommt unversehens ins Grübeln. Worum soll es dabei gehen? Geht es um die geschlechtergerechte Beteiligung der Väter an der unbezahlten Familienarbeit? Geht es um das Interesse der „gut ausgebildeten jungen Frauen“, nicht durch Mutterschaft den Anschluss im Erwerbsleben zu verlieren? Geht es um die Emanzipation der Frau? Geht es um eine wirkliche Wahlfreiheit beider Eltern bei der Entscheidung, wie und durch wen ihr Kind erzogen werden soll? Geht es um die wirtschaftlichen Aspekte der Träger der institutionellen Betreuungsinfrastruktur? Geht es um die Sorgen der „Wirtschaft“, die händeringend nach Arbeitskräften sucht? Oder geht es am Ende gar um das Kindeswohl, also um die Chance für jedes Neugeborene, von seinen Eltern liebevoll, bei körperlicher, wie seelischer Gesundheit ins Leben begleitet zu werden?

Cartoon: Meesters

Der zunehmende Individualismus in unserer Gesellschaft begünstigt einen Lebensstil, der die Entwicklung und die Stabilität der Bindungen zwischen den Menschen schwächt. Das betrifft nicht zuletzt auch die Familie als grundlegend tragender Pfeiler der Gesellschaft. Sie macht zurzeit eine tiefe kulturelle Krise durch. Allerdings wirkt die aktuelle Familienpolitik daran verstärkend mit, anstatt einen wirksamen Schutz zu organisieren.

I. Das Märchen von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Leitlinie der heutigen Familienpolitik ist die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, anzustreben durch die Gleichstellung von Mann und Frau im Erwerbsleben. Grundlage der Familienpolitik sollten jedoch die Vorgaben des Grundgesetzes Art. 6 Abs. 2 sein: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft“. Muss das nicht auch bedeuten, dass die staatliche Gemeinschaft gefordert ist, die Bedingungen für die Erfüllung dieser Festschreibung zu schaffen? Aber wie sieht die Realität aus?

Der Politik geht es in Wirklichkeit nicht um die Familien, sondern allein um die Wirtschaft. Die Politik versucht, die Familien den Bedingungen des Arbeitsmarktes anzupassen. Das gilt vielen als alternativlos – andere Meinungen gelten als rückwärtsgewandt, gar frauenfeindlich.

Seit langem herrscht in Deutschland parteiübergreifend Übereinstimmung, was moderne, familienfreundliche Politik bedeute, nämlich den massiven Ausbau staatlich subventionierter Angebote der institutionellen Fremdbetreuung für alle Kinder ab dem 1. Geburtstag, um beide Eltern für die Vollzeit-Erwerbstätigkeit freizustellen Eine solche „Familien“politik läuft aber auf die umfassende räumliche und zeitliche Trennung von Eltern und Kindern und die massive Schwächung der Familienbande hinaus. Manche Politiker fordern inzwischen, die Einrichtungen auch nachts zu öffnen, damit Eltern in Nachtschichten arbeiten können. Als Begründung wird angeführt, sozial sei alles, was den Menschen hilft, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.[1] Kein Gedanke daran, dass auch die Familienarbeit Arbeit ist, die z.B. unsere umlagefinanzierten Sozialkassen absichert und für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft schlechthin unabdingbar ist. Ganz gewiss steht diese Arbeit dem Wert einer Erwerbsarbeit in nichts nach und ihre Honorierung durch ein elterliches Erziehungseinkommen (EEE) ist seit langem überfällig.

Neben dem ständigen Zeitdruck und der Doppelbelastung in Beruf und Familie macht vor allem Müttern heutzutage immer noch die fehlende Wertschätzung ihrer familiären Leistungen zu schaffen. Rund ein Viertel der Frauen, die in einer vom Müttergenesungswerk anerkannten Klinik eine Mütter- oder Mutter-Kind-Kur machen, führen mangelnde Anerkennung als Belastungsfaktor an.

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt

Offener Brief an die CDU-Kandidaten Seite 4
Wir mischen uns ein Seite 5
Hinweis zur Steuererklärung 2021 Seite 5
Geschickte Briefe Seite 6

Fortsetzung von Seite 1

Trotz eines modernen Frauenbildes sind Mütter sehr hohen Erwartungen in Bezug auf Haushalt und Familie ausgesetzt. Selbst wenn sie durch die familienbezogene Arbeit krank werden, stehen sie noch unter Rechtfertigungsdruck. Es wäre allerdings rein gar nichts gewonnen, wenn vermehrt die Väter zu denselben ruinösen Bedingungen in die Familienarbeit einsteigen. Diese heute oft erhobene Forderung ist an Dreistigkeit und Dummheit nicht zu überbieten!
Wer heute mit Rücksicht auf die Kinder allzu lange zu Hause bleibt, riskiert, den Wiedereinstieg in den Beruf zu verpassen mit der Folge, spätestens im Alter zu verarmen. Für den deutschen Wohlfahrtsstaat ist es skandalös, dass ausgerechnet die unentbehrlichsten Leistungsträger, die Familien, am stärksten von Armut betroffen sind.
Angesichts dieser Familienpolitik kommt man schnell zu der Überzeugung, dass ihr Zweck vor allem darin besteht, die Familie weiterhin auszubeuten. Die Betreuung der Kinder und Säuglinge erfolgt nicht mehr – wie die Entwicklungs- und Kinderpsychologen es fordern – vorrangig durch die Eltern, sondern durch Fremde. Es soll eine radikale Ökonomisierung der Familien einschließlich der Kinder und Kleinstkinder stattfinden. Die Enteignung der Kindheit und die Verstaatlichung der Familie sind die Folge. Der Sozialismus lässt grüßen.

II. Das U3-Kind in der Fremdbetreuung[2]

„Wir alle haben unser Glücksvermögen in der Kindheit erworben. Wird es dort gestört, bleibt es gestört ein Erwachsenenleben lang“ so Wolfgang Bergmann (1944-2011), ehemaliger Leiter des Instituts für Kinderpsychologie und Lerntherapie in Hannover.
Aus Entwicklungspsychologie und Hirnforschung weiß man, dass Säuglinge und Kleinkinder sensible Erwachsene brauchen, die feinfühlig auf ihre Bedürfnisse eingehen und dazu ein Umfeld, das reich an Anregungen ist. Die Bezugspersonen müssen den Kleinen Zuwendung, Sicherheit, Stressreduktion, Unterstützung beim Entdecken und Assistenz bieten.[3]
Evolutionsbiologisch entwickelt sich im ersten Lebensjahr eine besondere Bindungsbeziehung zu der vorrangigen Fürsorgeperson. Das ist in aller Regel die Mutter. Nur sie ist durch Schwangerschaft, Geburt und Stillen hormonell und emotional auf den Säugling eingestellt. Auch ist der Säugling mit ihrer Stimme, ihrem Atem- und Herzrhythmus mit ihrer Mimik, ihrem Zugriff und Blickverhalten so vertraut wie bei keinem anderen Menschen. Diese Bindungsbeziehung bildet die Grundlage von Urvertrauen. Der deutsche Soziologe Dieter Claessens definierte Urvertrauen als die stabile soziale Einstellung, die in den ersten Lebensmonaten geprägt wird. Nach ihm erwirbt jeder Mensch in der allerersten Lebenszeit die Grundeinstellung, dass er Situationen und Menschen vertrauen kann, oder aber er erwirbt sie nicht und kann sie dann im späteren Leben nicht mehr nachholen.
Die Entwicklung des Urvertrauens ist aber mit dem ersten Lebensjahr noch nicht abgeschlossen, sondern setzt sich vor allem in dem zweiten und dritten Lebensjahr fort und stabilisiert sich langsam. Nach dem Ausmaß des erworbenen Urvertrauens werden das Empfinden und Verhalten eines Menschen ein Leben lang unbewusst gesteuert.
So ist das Urvertrauen unter anderem Grundlage für das Selbstvertrauen (Selbstwertgefühl), das Vertrauen in andere (z.B. Partnerschaft), oder das Vertrauen in die vorgefundene Welt, in der es sich zu leben lohnt. Im Gegensatz dazu können ungenügende Zuwendung, Vernachlässigungen, und Misshandlungen zu einer mangelhaften Ausbildung des Urvertrauens führen mit der Konsequenz von Misstrauen, Aggressivität und Depressionen.[4]
Selbstverständlich hat auch der Vater eine wichtige Aufgabe im Beziehungsgeflecht Mutter – Kind. Auch wenn es verschiedene Theorien gibt, sind sich die Forscher in einem weitgehend einig: Der Vater spielt eine wesentliche Rolle bei der Ablösung des Kindes vom naturgegebenen Eins-Sein mit der Mutter. Der Vater vermittelt dem Kind ein Gefühl von Differenz. Er ist der andere, der dazu beitragen kann, dass aus der einen (meist Mutter-Kind-) Beziehung ein weit verzweigtes Netz von Beziehungen werden kann. Der Vater spielt eine große Rolle bei der Entwicklung des Kindes im Hinblick auf die Sozialisation und die Entwicklung der geschlechtlichen Identität.[5]
Was sind die Folgen, wenn eine Gesellschaft flächendeckend auf Fremdbetreuung setzt? Schon im Jahre 2015 zeigte sich in Skandinavien, wo Fremdbetreuung schon seit Jahrzehnten die Regel ist, dass die Risiken der mangelhaften Familienbindung der Kinder ignoriert werden, obwohl Statistiken eine massive Zunahme von Aggressivität, Verhaltensauffälligkeiten und Depressionen bei Jugendlichen nachweisen, die sich u.a. in asozialem Verhalten äußert. Depressionen bei Mädchen hätten in den vergangenen 20 Jahren um 1000 Prozent zugenommen, Angststörungen um 250 Prozent.[6]

III. Studien zur Fremdbetreuung von Kleinkindern

Weltweit wurden bisher viele Studien zur Fremdbetreuung von Kleinkindern erarbeitet, so auch in Deutschland. Medial fanden die Studien der wirtschaftsnahen Bertelsmannstiftung und der regierungsnahen Konrad-Adenauer-Stiftung großen Anklang. Allerdings sind diese Studien mit großer Vorsicht zu betrachten, da sie unter rein volkswirtschaftlichen Aspekten erstellt wurden. Gesichtspunkte wie Primärbindung von Kleinkind und Eltern sowie auftretende Stressfaktoren von Kind und Eltern fanden so gut wie keine Berücksichtigung.
Im Nachfolgenden wird auf internationale Studien zur Fremdbetreuung von Kleinkindern eingegangen, in deren Mittelpunkt die Auswirkungen der Fremdbetreuung unter dem besonderen Merkmal der Primärbindung stehen.

1. NICHD-Studie (USA 1998/2010)

Die bislang wohl umfassendste Studie zu den Auswirkungen einer frühen Fremdbetreuung stellt die Studie des National Institute of Child Health and Human Development (NICHD) Early Child Care Research Network dar, die in den USA durchgeführt wurde. Diese Mega-Studie über die verschiedenen Betreuungs-Umwelten von Kleinkindern und deren späteren Werdegang ist bisher einzigartig.
Im Rahmen dieser Studie begleiteten Wissenschaftler ab 1991 zunächst 1364 Kinder. Es wurden hinsichtlich der Fremdbetreuung unter anderem Faktoren wie Mutter-Kind-Beziehung, soziale Entwicklung sowie die kognitive Entwicklung untersucht mit den folgenden Ergebnissen:

- Mutter-Kind-Beziehung:

Eine außerfamiliäre Betreuung des Kindes erwies sich als nachteilig für die Mutter-Kind-Beziehung, wenn die Mutter ergänzend wenig feinfühlig war und geringe kommunikative Signale im Umgang mit ihrem Kind zeigte. Diese Effekte wurden weiter verstärkt, wenn nicht nur die Mutter, sondern auch die außerfamiliäre Betreuung durch mangelnde Sensitivität gekennzeichnet war. Je mehr Zeit die Kinder während der ersten 3 Jahre fremdbetreut waren, desto negativer waren die Auswirkungen auf die Mutter-Kind-Interaktionen.

- soziale Entwicklung:

Im Hinblick auf die soziale Entwicklung zeigte sich ebenfalls ein negativer Effekt einer frühen außerfamilialen Betreuung. Sehr beunruhigend war der Befund, dass Tagesbetreuung sich unabhängig von sämtlichen anderen Messfaktoren negativ auf die sozial-emotionalen Kompetenzen der Kinder auswirkt. Je mehr Zeit die Kinder in einer Einrichtung verbrachten, desto stärker zeigten sie später dissoziales Verhalten wie Streiten, Kämpfen, Sachbeschädigungen, Prahlen, Lügen, Schikanieren, Begehen von Gemeinheiten und Grausamkeit, Ungehorsam oder häufiges Schreien. Unter den ganztags betreuten

Kindern zeigte ein Viertel im Alter von vier Jahren Problemverhalten, das dem klinischen Risikobereich zugeordnet werden muss. Später konnten bei den inzwischen 15-Jährigen signifikante Auffälligkeiten festgestellt werden, unter anderem Tabak-, Alkohol- und Rauschgiftkonsum, Diebstahl und Vandalismus.[7]
Noch ein weiteres, ebenfalls alarmierendes Ergebnis kristallisierte sich heraus: Die Verhaltensauffälligkeiten waren weitgehend unabhängig von der Qualität der Betreuung. Kinder, die sehr gute Einrichtungen besuchten, verhielten sich fast ebenso auffällig wie Kinder, die in Einrichtungen minderer Qualität betreut wurden.

- kognitive Entwicklung:

Kinder, die in den ersten drei Lebensjahren ausschließlich bei der Mutter waren, erzielten bei den Wissens- und Sprachtests im Durchschnitt ähnliche Ergebnisse wie fremdbetreute Kinder – aber bessere, wenn die Qualität der Fremdbetreuung niedrig, und schlechtere, wenn diese hoch war.
Die Untersuchungen im 15., 24., 36. und 54. Lebensmonat ergaben, dass früher beginnende Betreuungsverhältnisse mit besseren Ergebnissen abschnitten, aber auch mit mehr problematischen und mehr asozialen Verhaltensweisen. Eine von der Stundenzahl her längere Fremdbetreuung führte zu mehr Verhaltensauffälligkeiten und Konflikten.[8]

- Nachuntersuchung im Jahr 2010

Eine Nachuntersuchung der Teilnehmer der NICHD-Studie im Alter von 15 Jahren kommt zum Schluss: Kinder, die extensiv und früh fremd betreut wurden, zeigten später signifikant häufiger impulsives und risikoreiches Verhalten, u.a. in den Bereichen Alkoholkonsum, Rauchen, Drogenmissbrauch, Waffengebrauch, Diebstahl, Vandalismus.[9]

2. FCCC – Family, Children and Child Care Study (England 2013)

Diese Langzeitstudie mit 1200 Kindern und deren Familien bestätigt die Ergebnisse der NICHD-Studie weitgehend. Laut der führenden Entwicklungspsychologin in England, Penelope Leach, Leiterin der FCCC-Studie, zeigen Studienergebnisse aus der ganzen Welt ziemlich eindeutig, dass je weniger Zeit Kinder unter drei Jahren in Gruppenbetreuung verbringen, desto besser für sie.

3. The relationship between childcare and problem behaviour in Switzerland (Schweiz 2011)[10]

In einer Studie des Züricher Projekts zur sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wurden 1200 Schüler mit 7 Jahren als Erstklässler durch Lehrer und Eltern beurteilt. Je mehr gruppenbezogene externe Kindertagesstätten-Betreuung Kinder zwischen 0 und 7 Jahren erlebt hatten, desto stärker zeigte sich der Anstieg von Problemen in folgenden Bereichen: Aggressives Verhalten, motorische Unruhe mit Aufmerksamkeitsdefiziten (ADHS), Angst und Depressionen.

4. Universal Child Care, Maternal Labor Supply, and Family Well-Being (Kanada 2008)[11]

Nachdem im Landesteil Quebec die Kinderbetreuung in Form von Krippen, Tagesmüttern, Pflegefamilien usw. staatlich stark subventioniert wurde, nahm die Berufstätigkeit der Mütter von kleinen Kindern an Zahl und Umfang und parallel dazu auch die Fremdbetreuung stark zu. Folgen: Eltern berichteten über vermehrte Hyperaktivität, Angst, Aggressivität und Krankheitsanfälligkeit ihrer Kinder. Auch sie selbst hatten mit der Erziehung vermehrt Probleme, mangelnde Effektivität, sowie schlechtere Interaktionen mit ihren Kindern. Auch stellten die Eltern bei sich persönlich nun vermehrt Stresserscheinungen und Gesundheitsprobleme fest. Wegen dieser Risiken einer frühen externen Gruppenbetreuung und dem großen Einfluss des Elternhauses, so die Folgerung der Autoren, sollte die Familienerziehung von Kleinkindern finanziell gefördert werden.

5. Vergleichsstudie Krippe – Familie (Deutschland 2006)[12]

Kleinkinder erfahren in der Krippe weniger individuelle Zuwendung, Stimulation und Kommunikation als in der Familie. Kleinkinder regulieren ihre Stimmungen vorzugsweise im Kontakt mit ihren Eltern und nicht in der Krippe. Krippenkinder „quengeln“ nach dem Abholen vermehrt, „wahrscheinlich, um auf diese Weise ihre Eltern ganz für sich zu beanspruchen“. Die Eltern müssen ihnen helfen, den „ereignisreichen Tag“ zu verarbeiten und „langsam zur Ruhe zu kommen“. Es zeigt sich aber, „dass nach einem langen Tag der Trennung Kinder und Eltern weniger aufmerksam miteinander umgehen.

6. „Wiener Krippenstudie“ der Universität Wien (2012)

Die „Wiener Krippenstudie“ untersuchte die Stresssituation von Kleinkindern im Alter von 10 bis 36 Monaten in Fremdbetreuung. Die Untersuchenden stellten mit ihrer Forschungsarbeit heraus, dass die frühkindliche Fremdbetreuung sich negativ auf die Stressbewältigung der Kleinkinder auswirkt:
Aufgrund der Stresssituation zeigte sich der Cortisolspiegel der Kleinen zunächst erhöht, sank dann jedoch langfristig ab und fiel sogar unter Normalwert. Der reduzierte Cortisolspiegel erschwert den fremdbetreuten Kindern den Stressabbau und bringt die Kinder in einen Zustand, der vergleichbar ist mit dem Burnout bei Erwachsenen. Bereits nach 10 Wochen Fremdbetreuung sei diese Veränderung messbar.

IV. Fazit

Wer Familie und Beruf heute gleichzeitig unter einen Hut bringen will, zahlt einen Preis – und dieser Preis ist hoch. Die Familie als grundlegender, unverzichtbarer, schutzbedürftiger und schutzwürdiger Baustein der Gesellschaft wird durch die gegenwärtige Familienpolitik entwertet, wenn nicht sogar zerstört. Leidtragende dieser Familienpolitik sind neben den Eltern unsere Kinder, vor allem unsere Kleinsten. Viele Studien belegen eindeutig, dass Kleinkinder unter 3 Jahren nicht in die Fremdbetreuung gehören. Es ist durch nichts zu belegen, dass Fremdbetreuung Kleinkinder in irgendeiner Weise fördere. Ganz im Gegenteil: Kinder leiden unter Stress, der wiederum bleibende Schäden verursacht.
Angesichts der existenziellen Bedeutung der Familie für Staat und Gesellschaft besteht dringender Handlungsbedarf.

1. *Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Essay: Die Familie wird wirtschaftspolitisch gemacht v. 27.07.2017*
2. *Unter Fremdbetreuung im Sinne des Artikels wird die Betreuung von Kindern in Betreuungseinrichtungen verstanden, d. h., wenn Eltern ihre Kinder nicht selbst betreuen.*
3. *Vgl. Lieselotte Ahnert, Entwicklungspsychologin, Universität Wien, im Jahre 2010*
4. *Vgl. Wikipedia, Urvertrauen, 25.11.2021*
5. *Vgl. Die Bindung zwischen Vater und Kind. Ein Forschungsüberblick, Bachelorarbeit, 2006, Jana Schroeder*
6. *Vgl. Zukunft.ch Mit Werten Werte schaffen, Informationsblatt 2015, Pädagogin Erja Rusanen (Universität Helsinki) berichtet nach 40 Jahren Gruppenerziehung in Finnland.*
7. *Vgl. Dr. Albert Wunsch, Psychologe, Diplom-Sozialpädagoge, Diplom-Pädagoge und Erziehungswissenschaftler, Intensive Krippen-Betreuung als latent destabilisierender Einfluss, Gastkommentar in „Das-Tagebuch.at“, 30. April 2015,*
8. *Das KiTa-Handbuch, Martin R. Textor*
9. *Vandell DL et al (2010), Do effects of early child care extend to age 15 years? Results from the NICHD SECCYD, Child Dev, 81(3): Pages 737-756*
10. *Averdijk M., Besemer S., Eisner M. et al. (2011) European Journal of Developmental Psychology, Volume 8, 2011 - Issue 6*
11. *Vgl. Journal of Political Economy, 116, Pages 709–745*
12. *Vgl. Ahnert L. et al. (2000), Shared caregiving: Comparison between home and childcare settings, Developmental Psychology, 36, Pages 339–351.*

Verband Familienarbeit e.V.

Verband zur Förderung der eigenständigen finanziellen und sozialen Absicherung häuslicher Eltern- und Pflegearbeit

Verband Familienarbeit
Vors. Dr. Johannes Resch,
Bürgermeister-Stöcklein-Str. 9
76855 Annweiler

Gertrud Martin
Seb.-Kneipp-Str. 110
78048 VS-Villingen
☎ 07721 / 56124
E-Post: bundesvorstand@familienarbeit.org

An die drei Kandidaten für den CDU-Vorsitz
Deutscher Bundestag

Offener Brief

16.12.2021

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Braun,
Sehr geehrter Herr Dr. Merz,
Sehr geehrter Herr Dr. Röttgen,

die Mitglieder und ehrenamtlich Aktiven des Verband Familienarbeit e.V. verfolgen gespannt die Aussagen der drei Kandidaten für den CDU-Vorsitz zu den von ihnen im Falle der Wahl angestrebten Entwicklungen der Partei. Keines dieser Ziele soll von uns als vernachlässigbar angesehen werden. Allerdings: wir vermissen schmerzlich das Thema Familienpolitik. Es kommt schlicht in allen Stellungnahmen nicht vor.

Sollte es Ihnen tatsächlich entgangen sein, welchen entscheidenden Anteil die CDU am massiven Niedergang hat, den die Institution Familie in den vergangenen 65 Jahren erlebte? Das begann mit der großen Rentenreform, die Konrad Adenauer 1957 durchführte, in der er den Anspruch auf Alterssicherung allein an die Erwerbstätigkeit knüpfte, obwohl die elterliche Familienarbeit mit der Erziehung eigener Kinder die Existenzbedingung für das umlagebasierte System schlechthin ist. Eltern, die ihrer Erziehungsverantwortung gerecht werden wollen und deshalb zugunsten der Kinder zeitweise oder dauernd auf Erwerbsarbeit verzichten, sind seither von Altersarmut bedroht.

Gefördert wurde die familienfeindliche Entwicklung durch den sich davon ableitenden Feminismus, der selbst verdientes Geld und den davon fälschlicherweise abgeleiteten Rentenanspruch zu einem Merkmal gelungener Frauenemanzipation erhob und dabei geflissentlich völlig ignorierte, dass Mütter ohne die Anerkennung ihrer Familienarbeit als lohnwerte Leistung und entsprechende Bezahlung von jeglichem Gleichberechtigungsanspruch ausgeschlossen wurden. Statt Kindern wurde eine möglichst umfassende Erwerbstätigkeit zum Maß für soziale Sicherheit.

Daran orientierten sich auch alle folgenden familienpolitischen „Fortschritte“, bis hin zu einem Elterngeld, das in Lohnersatzfunktion den ohnehin gut gestellten Eltern eines ersten Kindes bis zu 1.800 € /mtl. einbringt. Eine Mutter, die bereits ältere Kinder betreut ohne gleichzeitig noch erwerbstätig zu sein, muss sich mit dem Mindestsatz von 300 € begnügen, denn angeblich hat sie ja „nicht gearbeitet“!

Hinzu kommt die einseitige staatliche Subventionierung ausschließlich der Krippenbetreuung, während Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen wollen, im Regen stehen gelassen werden.

In den Jahren der Regierungskoalition mit der SPD hat die CDU widerstandslos an der sozialistischen Dekonstruktion der Familie mitgewirkt. Motto: Eltern sind beide voll erwerbstätig, während ihre Kinder im entsprechenden Umfang fremdbetreut werden. Kein Gedanke an die Vorgabe des GG 6.2, das den Eltern die vorrangige Entscheidungsfreiheit darüber zusichert, wie und durch wen ihre Kinder erzogen werden sollen! Kein Gedanke auch an die besondere Verantwortung, die eine Orientierung am christlichen Glauben den Eltern zuschreibt!

Fazit: Wenn die CDU die bevorstehenden 4 Jahre in der Oppositionsrolle dazu nutzen will, wieder ein eigenes Profil als konservative Kraft zu gewinnen, ist die Familienpolitik eines der wichtigsten Themen. Die Einführung eines elterlichen Erziehungseinkommens, zumindest für die ersten drei Lebensjahre eines Kindes, zur Anerkennung der Gleichwertigkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit, ist überfällig. Am leichtesten wäre das über eine entsprechende Reform des Elterngeldgesetzes möglich: Um eine tatsächliche Wahlfreiheit herzustellen, hat sich das Elterngeld im Grundsatz an der Höhe der staatlichen Subventionen für einen Krippenplatz zu orientieren, die aktuell mit monatlich ca. 1000 bis 1200 € beziffert werden. Eltern, die sich für Krippenbetreuung entscheiden, hätten dann dieses Geld für deren Finanzierung zu investieren. Nach Maßgabe der Entwicklungs- und Bindungsforschung ist der Elterngeldbezug auf die ersten 36 Lebensmonate des Kindes auszudehnen.

Das seit 65 Jahren bis heute bestehende Prinzip „Eltern investieren, andere profitieren“ ist nicht zukunftsfähig. Es hat bereits heute die Lebensgrundlage der Familien weitgehend zerstört und infolge des Geburtendefizits auch unser Sozialsystem in Schieflage gebracht. Die einseitige Förderung der Fremdbetreuung ist nach allen seriösen Erkenntnissen nur ideologisch, aber niemals sachlich begründbar. Sie widerspricht auch eindeutig den Forderungen unseres Grundgesetzes.

Wir freuen uns festzustellen, dass einzelne Abgeordnete der CDU die Schieflage, in die die Familie als tragender Pfeiler unserer Gesellschaft manövriert wurde, erkennen und das Profil ihrer Partei dahingehend schärfen wollen.

Auf Wunsch sind wir gerne zur Kooperation bereit.

Zur weiteren Erläuterung fügen wir unser neues Faltblatt „Die Reform des Elterngeldgesetzes“ bei.

Mit freundlichen Grüßen

Gertrud Martin
Vorstandsmitglied im Verband Familienarbeit e.V.

WIR MISCHEN UNS EIN
– AUS DER AKTUELLEN PRESSEARBEIT
UNSERES VERBANDES –

Pressemeldung vom 03.02.2022
Sprache im Dienst der schleichenden Familienzerstörung

Der Verband Familienarbeit kritisiert seit seiner Gründung vor über 40 Jahren die Abwertung der elterlichen Erziehungsarbeit, wie sie besonders seit der Rentenreform 1957 deutlich wurde. Dabei wurden die „Beiträge“ der Erwerbstätigen zur Grundlage des Rentenanspruchs gemacht, obwohl sie lediglich die Renten der vorangegangenen Generation finanzieren. Die eigenen Renten der aktuell Erwerbstätigen müssen dagegen später von den heutigen Kindern bezahlt werden. Daher ist die Kindererziehung der eigentliche „Beitrag“ für die eigenen Renten. Der irreführende Gebrauch des Begriffs „Beitrag“ ignoriert die Leistung der Eltern.
Dr. Johannes Resch vom Verband Familienarbeit e.V. weist auf eine „schleichende Vergiftung der Sprache“ hin, die die Abwertung der elterlichen Erziehungsarbeit begleite und verschleiere. So werde etwa auf politischer Ebene eine „kostenlose Kinderbetreuung“ gefordert, womit aber nur die Fremdbetreuung gemeint sei. Subtil werde so der Eindruck vermittelt, Eltern würden oder könnten ihre Kinder gar nicht selbst „betreuen“. Durch die Bezeichnung „frühkindliche Bildung“ für Krippenbetreuung von U3-Kindern werde vom Wert der Eltern-Kind-Bindung abgelenkt und vermittelt, nur „Fachleute“ könnten der Entwicklung der Kinder gerecht werden. Diese Annahme widerspreche aber allen kinderpsychologischen Erkenntnissen. Hinter dieser Vorstellung stehe die traditionelle Überbewertung der besonders von den Männern ausgeübten Erwerbsarbeit gegenüber der meist von Frauen geleisteten elterlichen Erziehungsarbeit. Das gelte für Marxisten und Neoliberale ebenso wie für Konservative vom Schlage eines Adenauer, dessen Rentenreform die elterliche Erziehungsarbeit mit Null bewertete und ihr so die Anerkennung entzog.
Dr. Resch: „Die Formulierung ‚Vereinbarkeit von Familie und Beruf‘ täuscht eine Entlastung der Eltern nur vor. Tatsächlich bedeutet das aber für Eltern eine Sonderbelastung, die Erwerbstätigen ohne Kinder nicht abverlangt wird. Die Auslagerung der Kinderbetreuung hat dagegen weniger Familie zur Folge. Es wird behauptet, die ‚Gleichstellung im Erwerbsleben‘ fördere die Gleichberechtigung der Geschlechter. Das Gegenteil ist der Fall: Die elterliche Erziehungsarbeit wird ausgeblendet. Nur eine finanzielle Gleichstellung der elterlichen Erziehungs- mit Erwerbsarbeit kann zu mehr Gleichberechtigung führen, unabhängig davon, ob sie von Müttern, Vätern oder von beiden geleistet wird.“
Ergänzend mahnt Resch: „Alle, Eltern wie Nicht-Eltern, sollten auf die Abwertung der elterlichen Erziehungsarbeit in der Sprache achten und sich dem widersetzen. Der Missbrauch der Sprache wird oft gar nicht bewusst, prägt aber das Denken im Unterbewussten mit. So werden ideologisch vorgeprägte Denkmuster verinnerlicht. Wenn eine Mutter, die sich für die Betreuung ihres Kleinkindes Zeit nimmt, sagt: ‚Ich arbeite nicht!‘, trägt sie selbst zur Abwertung ihrer Arbeit bei und zur Verfestigung des falschen Bewusstseins in Gesellschaft und Politik.

Zusammenfassung J. Resch

Pressemeldung vom 03.12.2021
Ampel-Koalitionsvertrag: Immer weiter gegen die Wand

Der neue Koalitionsvertrag macht viele Versprechungen, ohne dass erkennbar wird, wie diese finanziert werden sollen. Das gilt auch für die Gesetzliche Rentenversicherung. Dabei wird das demographische Defizit, das unser Sozialsystem und namentlich die Rentenversicherung immer weiter aushöhlt, mit keinem Wort erwähnt. Auch eine Kapitaldeckung kann den Eltern nicht zusätzlich abverlangt werden. So ähnelt das ganze Konzept dem Versprechen eines mittelalterlichen Wunderheilers.
Der Krebsschaden unserer Rentenversicherung besteht nach wie vor im einseitigen Umlageverfahren zugunsten allein der Alten: Die Erwerbstätigen bezahlen die Renten der ehemaligen Arbeitnehmer. Das kann aber nur dann funktionieren, wenn es auch für die Erziehung der nachrückenden Generation, die die Renten der heute Erwerbstätigen bezahlen soll, eine gleichwertige Finanzierung gibt. Fazit: Alle Erwerbstätigen haben für die Kinderkosten zu zahlen. Diese Selbstverständlichkeit bleibt in diesem Vertrag wieder völlig unbeachtet. Das einseitige Umlageverfahren ist eine Enteignung der Eltern und führt zwangsläufig zur fortschreitenden Verarmung der Familien in einer sonst reicher werdenden Gesellschaft und zerstört unser Sozialsystem.
Als Ausweg wird erneut eine noch stärkere Auslagerung der Kindererziehung aus der Familie propagiert, um möglichst alle Eltern zugunsten eines größeren Profits der Finanzlobby in Vollerwerbsarbeit zu drängen. Wird gefragt, was die Eltern selbst wollen? Wird gefragt, was für die Kinder gut ist? Wird gefragt, was das Grundgesetz fordert? Nein! Die Verstaatlichung der Kindererziehung wird als „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und als „frühkindliche Bildung“ schön geredet.
Diese Politik ist familienfeindlich, grundgesetzwidrig* und nicht zukunftsfähig. Sie fährt infolge des sich daraus ergebenden Geburtenmangels auch unser Sozialsystem gegen die Wand.
Wir fordern: Der Betrag, mit dem heute ein Krippenplatz subventioniert wird, ist den Eltern auszuhändigen, damit sie selbst entscheiden können, ob sie mit diesem Geld eine Fremd- oder Eigenbetreuung finanzieren wollen. Nur bei Missbrauch hat der Staat ein Eingriffsrecht.

** Aus dem Urteil des BVerfG vom 10.11.1998 (2 BvR 1057/91, Rn 64)*
Nach Art.6 Abs.1 GG steht die Familie unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung. Das Wächteramt des Staates (Art.6 Abs. 2 Satz 2 GG) berechtigt den Staat aber nicht, die Eltern zu einer bestimmten Art und Weise der Erziehung ihrer Kinder zu drängen. Das Grundgesetz überlässt die Entscheidung über das Leitbild der Erziehung den Eltern, die über die Art und Weise der Betreuung des Kindes, seine Begegnungs- und Erlebnismöglichkeiten sowie den Inhalt seiner Ausbildung bestimmen. Diese primäre Entscheidungsmöglichkeit der Eltern beruht auf der Erwägung, dass die Interessen des Kindes in aller Regel am besten von den Eltern wahrgenommen werden.“
http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/1998/11/rs19981110_2bvr105791.html

Zusammenfassung J. Resch

Hinweis zur Steuererklärung 2021

Wir erinnern daran, dass lt. Freistellungsbescheid des Finanzamts Villingen-Schwenningen vom 23.01.2019, Steuernr. 22102/64112, sowohl Ihr Mitgliedsbeitrag als auch Spenden an den Verband Familienarbeit e.V. steuerlich geltend gemacht werden können. Bis zu einem Gesamtbetrag von € 200 kann das ohne Vorlage einer Spendenbescheinigung geschehen. Für höhere Gesamtbeträge (falls gewünscht, auch für kleinere) schicken wir Ihnen gerne eine Bescheinigung zu. Rückfragen: Tel. 07721 56124.

Verband Familienarbeit e.V. – AnsprechpartnerInnen

Bundesvorstand

Bundesvorsitzender
Dr. Johannes Resch, Bürgermeister-Stöcklein-Str. 9, 76855 Annweiler
Telefon 0 63 46 / 9 89 06 28
E-Post: jresch@familienarbeit.org

Stellvertretende Bundesvorsitzende
Jenniffer Ehry-Gissel, Im Pflanzgewann 6, 64404 Bickenbach, Tel.: 0 62 57 / 6 46 92 85
E-Post: jehry-gissel@familienarbeit.org

Ute Steinheber, Ahornstr. 15
75382 Althengstett, Tel. 0 70 51 / 48 10
E-Post: usteinheber@familienarbeit.org

Schatzmeisterin
Gertrud Martin, Seb.-Kneipp-Str. 110
78048 VS-Villingen, Tel. 07721 / 56124
E-Post: schatzmeisterin@familienarbeit.org

Beisitzerinnen
Dr. Dorothea Böhm,
Am Alten Dreisch 32 B
33605 Bielefeld, Tel. 05 21 / 9 20 14 44
E-Post: dboehm@familienarbeit.org

Beri Fahrbach-Gansky,
Georg-Elser-Weg 14
74564 Crailsheim, 0 79 51 / 96 25 02
E-Post: bfahrbach-Gansky@familienarbeit.org

Maria Schmid,
74080 Heilbronn, Tel. 0 71 31 / 2 77 13 93
E-Post: mschmid@familienarbeit.org

Geschäftsstelle

Gudrun Nack, Vaubanallee 4,
79100 Freiburg / Brsg.,
Tel. + Fax: 07 61 / 400 20 56,
E-Post: geschaeftsstelle@familienarbeit.org

Materialstelle

Gertrud Martin (siehe Schatzmeisterin)

Redaktion „Familienarbeit heute"

Gertrud Martin, Sebastian-Kneipp-Str. 110
78048 VS-Villingen, Tel. 0 77 21 / 5 61 24
E-Post: gertrudmartin36@gmail.com

Internet-Portal

www.familienarbeit-heute.de

Weitere Kontaktstellen

Bundesweit vertreten Mitglieder die Interessen unseres Verbandes. Wer eine/n Ansprechpartner/in in der Nähe des eigenen Wohnortes sucht, wende sich bitte an den Bundesvorsitzenden Dr. Johannes Resch (siehe oben). Er stellt gerne einen Kontakt her.

*Ge*schickte Briefe

Die Asymmetrie des Umlageverfahrens
Betr.: „Zukunft der Rente – Ein schweres Erbe" vom 30. Oktober, Schorndorfer Nachrichten

Natürlich hängt es davon ab, wie viele Jüngere Arbeit haben und Rentenbeiträge einzahlen, aber dazu muss es erst einmal überhaupt genügend Jüngere geben! Und hier zeigt sich die Asymmetrie des Umlageverfahrens. Die Abgaben der Erwerbstätigen bilden zwar die Grundlage des Rentenanspruchs, tragen jedoch nichts zur eigenen Rentengenerierung bei, da man mit diesen Beiträgen lediglich die Renten der vorangehenden Generation finanziert. Die eigenen Renten werden in diesem System von der dann beitragszahlenden Generation bezahlt. Eltern haben im Erwerbsalter und vor allem im Rentenalter wegen ihrer unbezahlten Erziehungs- und Hausarbeit einen niedrigeren Lebensstandard als durchgehend Erwerbstätige. Ein Gesetzgeber, der die nächste Generation zur Zahlung der Renten verpflichtet, aber nicht gleichzeitig auch die jetzige zur kollektiven Übernahme der Kinderkosten, verhindert damit, dass eine genügend große und gut ausgebildete Generation nachwächst und konterkariert damit das System. Er verhält sich sozusagen wie ein Landwirt, der im Frühjahr nicht sät, sondern das gesamte Getreide konsumiert und sich dann wundert, dass kein Korn wächst. Ein ungerechtes System hat noch nie auf Dauer überlebt! Wir könnten die Rentenversicherung auf eine solide Grundlage stellen, indem wir entweder Familien und Kinderlose getrennt versichern oder indem wir nur die Hälfte der Rente durch Erwerbsarbeit erwirtschaften und die anderen 50% durch mindestens zwei Kinder. Menschen ohne Kinder, egal ob gewollt oder ungewollt, sind finanziell stärker aufgestellt und können sich problemlos zusätzlich versichern.
Silke Bürger-Kühn, Schorndorf

Brief an Herrn Dr. Carsten Linnemann, Leiter der CDU-Programmkommission, 03. Februar 2022

Sehr geehrter Herr Dr. Linnemann,
der Verband Familienarbeit e.V. freut sich über Ihre Berufung zum stellvertretenden CDU-Vorsitzenden und Leiter der CDU-Programmkommission und wünscht Ihnen eine glückliche Hand bei der Ausübung dieses Amtes. Es geht Ihnen der Ruf voraus, kreativ und eine durchsetzungsstarke Persönlichkeit zu sein, mit dem Potential, der CDU als führender Oppositionspartei während der kommenden vier Jahre ein wieder eigenständigeres Profil zu geben. Leider hat sie dieses in Zeiten der großen Koalition weitgehend eingebüßt.
Zugegeben: unsere Freude ist nicht ganz selbstlos, verbinden wir doch mit Ihrem Amtsantritt die Hoffnung, dass Sie sich auch beim Thema Familienpolitik nicht der Agenda der einseitigen Förderung der Fremdbetreuung verpflichtet fühlen werden, die während der letzten Jahrzehnte den Ausbau der Krippen für die U3-Kinder milliardenschwer gefördert hat, aber die Eltern, die ihr Kind in dieser sensiblen Entwicklungsphase gerne selbst betreuen wollen, von einer gleichwertigen finanziellen Berücksichtigung ausschloss. Leider steht nicht zu erwarten, dass die derzeitige Regierungskoalition daran etwas ändern wird. Der Behauptung, diese Regelung bedeute „Wahlfreiheit" für alle Eltern und diene auch dem Kindeswohl, widersprechen wir als Familienverband aufs Schärfste. Eine Wahlfreiheit, die diesen Namen verdient, entsteht nur durch die finanzielle Gleichstellung aller Betreuungsarten. Das heißt nichts anderes, als dass die staatlicherseits für die U3-Betreuung bereitgestellten Gelder in Form eines Erziehungsentgelts (EEE) an alle Eltern in gleicher Höhe auszuhändigen sind, damit diese dann frei entscheiden können, ob sie das Geld als „Lohn" für selbst geleistete Betreuung behalten, oder ob sie es für eine Betreuung durch Dritte ihrer Wahl einsetzen, um evtl. selbst erwerbstätig zu sein.
Die bestehende Schieflage zwischen bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter häuslicher Erziehungsarbeit führt dazu, dass die Eltern Arbeit mit Arbeit vereinbaren müssen, um ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Viele können es sich nicht leisten, unbezahlt zuhause zu bleiben, und die Mütter haben es satt, sich als „unemanzipiertes Heimchen am Herd" bedauern und verspotten zu lassen. Fazit: Familie wird zur nachgeordneten Freizeitgestaltung und verliert ihre Funktion als tragender Pfeiler der Gesellschaft.
Nur ergänzend seien hier noch zwei Punkte angemerkt:
a) Dieser Umgang mit den Eltern steht dem Gebot der Grundgesetzes Art 6 „Schutz der Familie" diametral entgegen.
b) Die Warnungen der Gehirn- und Entwicklungsforschung vor den Folgen zu früher Elternentbehrung und -entfremdung verhallen folgenlos.
Gerne hören wir Ihre Stellungnahme zu dem Thema, das uns sehr am Herzen liegt.
Mit freundlichen Grüßen
Gertrud Martin und Dr. Johannes Resch für Verband Familienarbeit

Familienarbeit heute
Herausgeber: Verband Familienarbeit e.V.
www.familienarbeit-heute.de
Redaktionsanschrift: Gertrud Martin,
Sebastian-Kneipp-Str. 110
78048 VS-Villingen, Tel. 07721/56124
E-Post: bundesvorstand@familienarbeit.org

Redaktion für diese Ausgabe:
Gertrud Martin (verantw.); Wiltraud Beckenbach, Silke Bürger-Kühn. Fotos: Privat.

Erscheinungsdatum dieser Ausgabe:
März 2022

Satz und Layout: Revellio, Druck und Medien
Druck: Revellio, Druck und Medien Gmbh, Villingen

Familienarbeit heute erscheint vierteljährlich. Der **Bezugspreis** ist im Mitgliedsbeitrag (45 Euro/Jahr) enthalten.

Jahresabonnement: 15 Euro einschließlich Versand

Alle Rechte vorbehalten. Sämtliche Inhalte sind urheber/innenrechtlich geschützt. Nachdruck – in unveränderter Form und mit Quellenangabe – erwünscht. Belegexemplare werden gern entgegengenommen. Mit Namen gekennzeichnete Artikel sind nicht unbedingt identisch mit der Meinung der Redaktion oder des Verbandes. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Bitte geben Sie auf LeserInnenbriefen – auch auf E-Mails – Ihre Adresse und Telefonnummer an. Kürzungen behalten wir uns vor. Bei veröffentlichten Briefen trägt die Redaktion die presserechtliche, aber nicht die inhaltliche Verantwortung.

Für alle genannten Internetadressen, Verweise / Links und dortigen Inhalte gilt die Version zum Zeitpunkt der Drucklegung.

Redaktionsschluss für Ausgabe 2/2022:
25. April 2022

Mitgliedsbeitrag / Spenden

Der Verband Familienarbeit e.V. ist als gemeinnützig anerkannt. Sowohl die Mitgliedsbeiträge als auch Spenden sind steuerlich absetzbar (nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG und § 3 Nr. 6 GewStG laut Feststellungsbescheid des Finanzamtes Villingen-Schwenningen vom 23.01.2019, Steuer-Nr.: 22102 / 64112).
Bis zu einem jährlichen Gesamtbetrag von 200 Euro gelten als Nachweis die Kopien Ihrer betreffenden Bankauszüge. Der Verband finanziert sich (neben der ehrenamtlichen Arbeit) ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Wir bitten deshalb sehr um Ihre Spende und sagen herzlichen Dank dafür!

Volksbank eG
IBAN: DE25 6649 0000 0025 4109 04
BIC: GENODE61OG1

BÜCHERKISTE

Herbert Storn

Business Crime – Skandale mit System

Über Konzernverbrechen, kriminelle Ökonomie und halbierte Demokratie

Büchner-Verlag, 2021 | 204 Seiten, 20 Euro | ISBN 978-3-96317-267-0

Im Mittelpunkt des Buches steht der enorme Reichtum und die Macht globaler Konzerne, die vorrangig an ihrer Kapitalvermehrung interessiert sind. Dazu ist ihnen jedes Mittel recht. Allein durch die Ausnutzung der unterschiedlichen Gesetze in den jeweiligen Staaten gehen Schätzungen zufolge jährlich weltweit 500 Milliarden US-Dollar verloren, die sonst für Aufgaben der öffentlichen Hand zur Verfügung stünden. Diese Großkonzerne sind häufig mächtiger als Staaten. Anschaulich wird dargestellt, in welchen Bereichen sie politisch Einfluss nehmen, wie z.B. über Fachverbände, Stiftungen, Sponsoren von Parteien, als Arbeitgeber, Stiftungslehrstühle in Hochschulen, Werbung usw.
Ebenso ist nachzulesen, wie Wirtschaftskriminalität und organisierte Kriminalität Ausmaße annehmen, die das Gemeinwesen und die Stabilität von Staaten massiv gefährden. Das riesige Kapital wird rechtlich kaum abgefangen, müsste aber dringend umfassend reguliert werden. Geschieht das nicht, erschüttert das die Grundfesten der Demokratie, weil nicht mehr der Staat, sondern das Kapital die Macht ausübt. Das dem Staat vorenthaltene Geld fehlt für soziale Aufgaben, wie z.B. für Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Kunstschaffende usw., vom Umweltschutz ganz zu schweigen.
Dabei steht im Grundgesetz in Art 14: „(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.“ Diesem Vorsatz wird offensichtlich wenig Folge geleistet. Je mehr Sachkompetenz Staat und Kommunen abbauen, je mehr privatisiert wird, umso mehr Einfluss haben Unternehmen und private Berater. Z.B. wird die EU bei der Steuergesetzgebung von den gleichen Leuten beraten, die hinterher die Unternehmen beraten, wie sie die Gesetze umgehen können.
Mich hat das Thema regelrecht elektrisiert. Auch wenn es zwischendrin etwas „wissenschaftlich“ wird, ist das Buch gut lesbar. Insgesamt sehr empfehlenswert. *Wiltraud Beckenbach*

Helena Graf

Schlüsselgewalt

Gender im Windschatten des Feminismus

agenda Verlag Münster | 306 Seiten, 17,90 Euro | ISBN 978-3-89688-705-4

Das Sachbuch ist – anders als der Titel vermuten lässt – keine Abhandlung über das eheliche Güterrecht, sondern eine Zusammenstellung von Beiträgen mehrer Autorinnen und Autoren über die Entwicklung des Feminismus zum Genderismus. Aus verschiedenen Blickwinkeln zeigt Helena Graf auf, wo die Widersprüche und Gefahren bei diesem Thema liegen. So entwickelte sich aus der ursprünglichen Frauenforschung die Geschlechterforschung mit der Unterscheidung von „sex“ und „gender“. Gruppierungen wie „Queernet“, eine Organisation der LSBTTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle), verfolgen zunehmend unter dem Begriff Feminismus ihre eigenen Ziele und beanspruchen als Minderheit die Deutungshoheit.
Bei der Weltfrauenkonferenz 1995 setzten amerikanische Feministinnen ihre Positionen durch, nicht zuletzt durch die trickreiche Verschiebung der Schlussabstimmung um einen Tag. Denn zu den familienorientierten Gruppen gehörten viele afrikanische Delegierte aus armen Ländern, die aus Kostengründen ihren Rückflug nicht umbuchen konnten und planmäßig abreisen mussten. Damit war der Weg der Gender-Vertreterinnen zu einer Mehrheit für ihre Ideologie frei.
Die Autorin stellt u.a. fest, dass Gender in seiner aktuellen Form keine Befreiung bedeute. Vielmehr werde Müttern und Vätern das Recht genommen, die Arbeit in der Familie so aufzuteilen wie sie es für richtig halten. Ebenso werde nicht berücksichtigt, was für die Kinder gut sei. Der Kampf um gleiche Rechte für Frauen werde zum Kampf gegen Männer und die Familie. Sie zitiert auch Joh. Resch vom Verband Familienarbeit e.V., der in seinem Beitrag „Die Gleichstellungslüge“ die Minderbewertung der elterlichen Erziehungsarbeit kritisiert, welche allein durch die finanzielle Absicherung der Familienarbeit überwunden werden kann.
Die genderpolitische LSBTTIQ-Agenda erwartet von der Mehrheit der Bevölkerung nicht Toleranz, sondern Akzeptanz für ihre Sichtweise. Diese soll unkritisch gutgeheißen werden nach dem Motto: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“ Dazwischen gibt es nichts. Lt. Graf ist eine objektive Diskussion heute kaum mehr möglich.
Wer Argumente zu dem Thema sucht, wird in diesem Buch fündig. Es ist keine leichte Kost und kann nur stückweise „durchgearbeitet“ werden.
Gertrud Martin

Geld regiert die Welt – auch wenn's uns nicht gefällt!

Die aktuelle familienpolitische Lage ist gekennzeichnet durch zwei auseinanderstrebende Tendenzen mit ihren jeweils aktiven Unterstützer-Gruppierungen: Dank der neuen Regierungskonstellation steht die linksgrüne Agenda im Vordergrund, die die traditionelle Familie bestehend aus Mutter, Vater, Kind auf den Müllhaufen der Geschichte werfen will, zugunsten einer regenbogenfarbenen Verantwortungsgemeinschaft, in der sich alle zusammenfinden, die ein wenig mitmenschliche Fürsorge schätzen und auch zu geben bereit sind. Spezielle Bedürfnisse von Kindern, z. B. des Anspruchs auf Beachtung einer besonderen Bindungsphase als Grundlage für spätere Bildungsfähigkeit, spielen keine Rolle.

Auf der Gegenseite mühen sich die konservativen Familienfreunde, aufgesplittet in zahllose Kleingruppen mit je eigener „Heilslehre" darum, eine gemeinsame Plattform zu finden, um den ersteren Paroli bieten zu können.

Innerhalb der konservativen Familienfreunde gibt es zwei Untergruppen, die sich schwer tun, eine gemeinsame Aktionsbasis zu finden. Da sind einerseits die stark christlich orientierten, deren Hauptanliegen es ist, die „Familienwerte" hochzuhalten und weiterzugeben. Lt. einer Broschüre der Stiftung für Famlienwerte sind das Werte „[…] Treue, bedingungslose Liebe, Gemeinschaftssinn, Aufopferungsbereitschaft, Zusammenhalt, Rücksichtnahme. Doch von wem werden diese Werte, die die Grundlage einer lebenslangen Schicksalsgemeinschaft wie die Familie bilden, weitergegeben?" Sprich: Wer anders soll dafür in der Pflicht sein als die Eltern und ersatzweise bzw. ergänzend die Großeltern?

Eine solche Definition erregt andererseits – in der zweiten Untergruppe der Konservativen – zunehmend Widerspruch, ausgelöst durch die Überzeugung, dass es in unserem durch Wettbewerb und Marktwirtschaft geprägten System weltfremd und letztlich selbstzerstörerisch sei, allein auf diese ethisch begründeten Werte zu setzen. Sie bestehen darauf, dass Liebe nicht „bedingungslos" gewährt werde und Aufopferungsbereitschaft einen Gegenwert verlange. Unter ursprünglichen, „natürlichen" Bedingungen war der Gegenwert für die Liebe zu den Kindern und den damit verbundenen wirtschaftlichen Aufwand an die selbstverständliche Verpflichtung der Kinder für vergleichbaren wirtschaftlichen Einsatz für die alten bzw. kranken Eltern gekoppelt. Das mag nicht so bewusst gewesen sein,war aber sicher im Unterbewusstsein fest verankert und prägte den familiären Zusammenhalt.

Erst unsere aktuelle Sozialgesetzgebung hat das Band der gegenseitigen wirtschaftlichen Verantwortung zerrissen, weil die Altersversorgung von der Bedingung „Erziehung eigener Kinder" gelöst und an Erwerbsarbeit gebunden wurde. Die finanzielle „Investition Kinder" verblieb ganz überwiegend bei den Eltern, während der wirtschaftliche „Gewinn Kinder" vergesellschaftet wurde. Dieser „Gewinn" wurde an Erwerbsarbeit gebunden, an der teilzunehmen Eltern umso weniger Möglichkeit haben, je mehr Kinder sie versorgen müssen. Diese Sozialgesetzgebung hat also die Eltern enteignet und die Familien tendenziell in einer sonst reichen Gesellschaft der Verarmung und zunehmend der Auflösung preisgegeben.

Auf den Punkt gebracht: sofern das Umlageverfahren bei Renten- und Krankenversicherung (erwachsen gewordene Kinder zahlen als Erwerbstätige die Renten und Krankheitskosten der Rentner/innen) begründet das die Forderung nach einem elterlichen Erziehungsentgelt (EEE). Der „Verband Familienarbeit e.V. – Verband zur Förderung der eigenständigen finanziellen und sozialen Absicherung häuslicher Eltern- und Pflegearbeit" fordert dieses seit seiner Gründung im Jahre 1979.

In der familienpolitischen Szene geht es also aktuell darum, Mehrheiten zu gewinnen für eine Sozialgesetzgebung, die der elterlichen Erziehungsleistung wieder ihre ursprüngliche Geltung zuerkennt.

Die verschiedenen Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte bieten eine andere Lösung als die Bezahlung der elterlichen Erziehungsarbeit an. Sie wollen die Eltern vielmehr dadurch entlasten, dass ihnen die Betreuungsarbeit abgenommen wird, so dass beide Elternteile möglichst durchgängig erwerbstätig sein können und dadurch die Verarmungstendenz vermindert wird.

Diesen Bestrebungen setzen wir folgende Argumente entgegen:

- Das Modell der frühkindlichen Betreuung in der Krippe, spätestens ab dem 1. Geburtstag, erschwert die optimale Bindung der Kinder an ihre Eltern, die aber für ihre soziale Entwicklung wesentlich wichtig ist, wie alle diesbezüglichen wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen.
- Sowohl die Krippenbetreuung als auch die Ganztagsfremdbetreuung älterer Kinder nimmt den Eltern nur einen Teil der Betreuungsveranwortung ab, die nachts, am Wochenende und im Urlaub fortbesteht.
- Die einseitige staatliche Finanzierung der verschiedenen Formen der Kinderbetreuung benachteiligt alle Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen bzw. lieber selbst betreuen wollten.
- Damit verstößt die aktuelle Familienpolitik gegen die Gebote des GG zum Schutz der Familie und zum Schutz der Elternrechte nach Art. 6 Abs. 1 und 2 und darüber hinaus gegen das Gleichheitsgebot nach Art. 3 Abs. 1 GG, das auch für Eltern untereinander gilt.

Wir fordern:

Es sind die wirtschaftlichen Bedingungen zu schaffen, um die Präsenz eines Elternteils in der Familie zu ermöglichen, sofern die Eltern sich dafür entscheiden möchten. Dafür ist unweigerlich der Konsens für die Einführung eines EEE Not-wendig! Selbstverständlich muss dieses Geld bei Wunsch der Eltern dann auch zur Finanzierung einer Fremdbetreuung nach deren Wahl eingesetzt werden.

Beteiligte an dieser Diskussion sind nicht zuletzt die Medien als tragende 4. Kraft im demokratischen Staat. Hier ist allerdings festzustellen, dass auf breitem Terrain der wirtschaftsorientierte Mainstream das Sagen hat, sei er nun von den Gewerkschaften oder den Wirtschaftsverbänden dominiert. Die konservativen Stimmen bleiben leise und zaghaft. Als Ausnahme ist die DIE TAGESPOST zu nennen, die seit 2020 verschiedene Artikel, u.a. eine 8-seitige Beilage „Im Fokus" der Stiftung für Familienwerte veröffentlicht hat. Bei den Anhängern der Einführung eines elterlichen Erziehungseinkommens (EEE) rufen diese Verlautbarungen über weite Strecken allerdings Widerspruch und Unverständnis hervor, weil die „Familienwerte" oft weiterhin als losgelöst von finanziellen Bedingungen eingefordert werden, sozusagen „um Gotteslohn". Sie betrachten den Verzicht auf eine reale familienpolitische Einschätzung als Verrat an der Familie und Selbstaufgabe der Konservativen. Aber gerade die Leugnung der Bedeutung des Geldes für die Familie führt zu deren fortschreitender Abschaffung!

Gertrud Martin